

Bernhard Trautvetter

Brandgefährliche Abkehr der LINKEN von linker Politik

Katja Kipping brachte letzte Woche die Planung einer Regierungsbildung in einer Koalition der LINKEN mit der SPD ins Gespräch. Saskia Esken griff das auf und verlangte die Übernahme außenpolitischer Positionen, die von der SPD vertreten werden. Die Nominierung von Olaf Scholz kann diesbezüglich nur die Sorgen steigern. Wie konkret die Überlegungen bei den Sozialdemokraten und LINKEN sind, zeigt sich u.a. hier: "An der Spitze der [#SPD](#) sind wir uns einig: Wir streben für die nächste Legislatur ein [#progressives](#) Bündnis an, ..." (1)

Dies gilt für die Parteienlandschaft in Deutschland, in der die Grünen immer mehr Nato-Positionen übernommen haben. Wenn sich die LINKE auf eine Koalition mit Rot-Grün einlässt, besteht die Gefahr, dass dies auf Kosten ihres Alleinstellungsmerkmals - der großen Nähe zu den Forderungen der Friedensbewegung - erfolgt.

Die LINKE ist diejenige Partei, die mit den Anliegen der Friedensbewegung die deutlichste Übereinstimmung aufweist. Ihre Konsequenz ist in der spannungsreichen internationalen Situation der Gegenwart eine existenziell bedeutsame Kraft im Ringen um eine zukunftsfähige Gesellschaft. Das darf deshalb nicht aufgeweicht werden.

Der Beschluss des EU-Parlaments zu den Ratsbeschlüssen über die Finanz-Probleme als Coronafolgen weckt neue Sorgen, dass die LINKE - wie bereits seit langem schon die Grünen - pazifistische-friedenspolitische Positionen einreißt und dass die Nato-Politik der Hochrüstung und Spannungseskalation in der Folge weiter an Brisanz zunimmt. (2) Der Grund für die Sorge besteht darin, dass eine Mehrheit der LINKEN den Beschluss mitgetragen hat; deshalb und aufgrund eines bedenklichen Machtkalküls auf Seiten führender LINKER wird der friedenspolitische Appell immer wichtiger, den bundesweit aktive Engagierte der Friedensbewegung nach dem Beschluss des EU-Parlaments an die LINKE gesandt haben, weil dort LINKE Positionen der Friedenspolitik verlassen haben. (3)

Und das in einer Situation, in der die USA kurz vor der Stationierung der völlig neuen Nuklearsysteme B 61-12 auch in Büchel stehen und in der die Bewaffnung von Bundeswehdrohnen droht, wodurch die Grenzen zwischen Krieg und Frieden immer weiter fließen und in der die Militaristen einer Hochrüstung auf Kosten der Daseinsvorsorge entgegenstreben. Das alles korrespondiert mit der Militarisierung der EU, mit GASP, PESCO, dem sogenannten 'Europäischen Verteidigungsfonds', der 'EU-Battlegroup' sowie der milliardenschweren militärischen Mobilität, die nach den offiziellen Planungen die Verkehrswege in die Richtung der russischen Westgrenze kriegstauglich ausbauen soll. Dies wird von der Eskalation der Spannungen gegen Russland begleitet, deren propagandistischer Kern die doppelten Standards gegenüber der prowestlichen einst illegal ins Amt gekommenen Regierung der Ukraine ist. Der Verweis der Nato und der EU auf die Krim-Krise als vermeintlichen Beginn der sogenannten neuen Sicherheitslage soll die Intensivierung der von ihnen so genannten Abschreckung Russlands rechtfertigen.

Die damit verbundenen Gefahren sind so brandgefährlich, dass es keine taktischen Manöver geben darf, etwa bei der Kritik des EU-Parlaments am Europäischen Rat - hier bei den Beschlüssen zur

Finanzierung von Coronafolgen, die mit militärischen Finanzierungsforderungen verbunden werden. Dass der entsprechende Beschlussantrag von Linken mit eingebracht und mehrheitlich unterstützt wurde, darf sich nicht wiederholen. Die Gefahr, dass die LINKE am Ende für eine Koalitionsbildung, die angestrebt wird, ebenfalls ihre friedenspolitische Konsequenz aufweicht, zeichnet sich ab.

Von Brüssel und vom Bundestag aus muss eine Abstimmung und gegenseitige Stärkung der Friedenspolitik erfolgen, die durch kein parlamentarisches Taktieren gefährdet werden darf. Die Konsequenz in der Friedenspolitik hat auch sozialpolitische Dimensionen, da die Bestrebungen der Militaristen und weiterer Nato-Unterstützer*innen in Richtung von immer neuen Rekorden bei der Hochrüstung nur auf Kosten der Ökologie, der Bildung, der Sozialpolitik, der Gesundheit, des gesellschaftlichen Zusammenhalts umgesetzt werden können.

Die dadurch begünstigten weiteren Spaltungsprozesse der Gesellschaft, die Verbreitung von Armut, mangelnder Bildung, um sich greifenden Sündenbock-Ideologien wie Rassismus steigern auch nach innen die Gewalt. Im internationalen Kontext steigern sie die Fluchtursachen zugunsten der Profite in der Rüstungsindustrie. Diese Zusammenhänge sind in der LINKEN im Vergleich aller Parteien am deutlichsten klar.

Dass es trotzdem des Appells aus der Friedensbewegung bedarf, den Frieden und damit das Überleben an die erste Stelle aller Politik zu nehmen, also Friedens-, Ökologie- und Sozialpolitik konsequent als unauflösbare Einheit niemals aufzugeben, das ist, wie sich zeigt, nicht nur wegen des Beschlusses des EU-Parlaments offen-sichtlich.

Dies wird auch daran deutlich, dass die Parteivorsitzende Katja Kipping im Juni 2020 mit einem Beitrag im 'Freitag' für RotRotGrün warb, ohne das Erfordernis der Abrüstung und Friedenspolitik auch nur zu erwähnen. Ihre Broschüre 'Neue linke Mehrheiten' (4) geht zwar stellenweise auf Fragen von Krieg und Frieden ein, folgt aber in der politischen Strategie vorrangig parlamentarischen Prozessen der Koalitionsbildung und neuer Mehrheiten, die für eine "Politische Ökonomie des Gemeinsamen" plädiert, die einen "Infrastruktursozialismus" anstrebt, der den sogenannten 'Markt' zugunsten des Gemeinwohls begrenzt, um "auf eine andere Wirtschaftsweise" hinzuarbeiten. (5)

Diese parlamentarische Mehrheiten-Strategie kann die Orientierung auf eine Bewegung derer, die von politischen Entscheidungen betroffenen sind und die sich für ihre Interessen von der Basis her einsetzen, nicht ersetzen. Statt Partizipation bedeutet dies, linke Politik wird durch eine Stellvertreter-Politik ersetzt. Dies führt zur Gefahr, dass linke Politik durch Kompromisse mit Antisozialisten und weiteren Vertreter*innen des Kapitalismus sowie Transatlantiker*innen und weiteren Nato-Unterstützer*innen von der Überwindung von Ausbeutung und Militarismus hin zu einem Arrangement mit kapitalistischen Machtstrukturen führt. Für diese parlamentaristische Politik benutzen führende LINKEN-Politiker*innen den Begriff 'revolutionäre Realpolitik'. (6)

Rosa Luxemburg ging dabei allerdings weit über die Stellvertreter-Politik der Kompromisse mit kapitalorientierten Parteien hinaus: "Die proletarische Realpolitik ist aber auch revolutionär, indem sie durch alle ihre Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden

Ordnung, in der sie arbeitet, hinausgeht, indem sie sich bewusst nur als das Vorstadium des Aktes betrachtet, der sie zur Politik des herrschenden und umwälzenden Proletariats machen wird." (7)

Ohne einen solchen Druck von der Basis her ist eine Beteiligung der LINKEN in den Prozent-Kompromissen der Koalition anfällig für die Aufgabe existenzieller Eckpfeiler einer zukunftsfähigen Politik. Ein ND-Interview mit der Berliner Juso-Vorsitzenden Annika Klose verdeutlicht dies exemplarisch: Sie führt aus: " Natürlich müsste sich Rot-Rot-Grün einig in der Außenpolitik sein und die Nato ist ein wichtiger Pfeiler in der deutschen Außenpolitik." (8) Das bedeutet, die Nuklearstrategie, die Hochrüstung, die EU-Militarisierung, die Drohnenkriegsstrategie, die Spannungseskalation gegen Russland und China, Völkerrechtsbrüche vor allem in der Region zwischen dem Golf, Mali und dem Balkan sind durch eine solche Politik mitzutragen. Gleiches gilt für Propagandalügen einer notwendigen Nachrüstung gegenüber der russischen Militärpolitik, obwohl diese real nur circa ein Fünfzehntel dessen aufwendet, was sich die Nato ihre Militärstrategie kosten lässt. Es bedeutet doppelte Standards gegenüber Handlungen Russlands einerseits und Rechtsbrüchen, die von der Nato und ihren Partnerstaaten wie Israel begangen werden.

Das wäre nicht nur das endgültige Ende der LINKEN als linke Partei, es würde die Gefahr auf der internationalen Ebene steigern, die die kritischen Nuklearwissenschaftler dadurch zum Ausdruck bringen, dass ihre Uhr zur Warnung vor einem Atomkrieg auf 100 Sekunden vor Mitternacht steht; die Wissenschaftler verweisen dabei auf die Nuklearrüstung und auf die sich aus der Klimakatastrophe ergebenden Unsicherheiten der Weltpolitik (9).

Quellen

(1) <https://www.n-tv.de/politik/Walter-Borjans-erwaegt-Koalition-mit-Linken-article21961379.html>
https://twitter.com/EskenSaskia/status/1292369340097089536?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1292369340097089536%7Ctwgr%5E&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.n-tv.de%2Fpolitik%2FWalter-Borjans-erwaegt-Koalition-mit-Linken-article21961379.html

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article204389554/Linke-Fraktionschef-Dietmar-Bartsch-Der-Mann-fuer-Mitte-links.html>

(2) https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0206_DE.pdf
Hier der Antragstext vor der Beschlussfassung: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2020-0216_DE.pdf

(3) <https://www.pressenza.com/de/2020/08/sorge-um-den-friedenspolitischen-kurs-der-linken/>

(4) 'Neue linke Mehrheiten, eine Einladung von Katja Kipping, Hamburg 2020

(5) ebd., S. 52f.

(6) ebd., S. 53

(7) Rosa Luxemburg, Werke, Band 1/2, S. 376, zitiert nach: https://www.praxisphilosophie.de/luxemburg_434.htm

(8) <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1140362.annika-klose-pragmatismus-von-scholz-ist-ein-vorteil.html>

(9) <https://weltuntergangsuhr.com/>